

Antworten von Kandidierenden zur Kreistagswahl 2019 auf Fragen der AG78 „Kinder- und Jugendarbeit/Jugendförderung“

Die AG78 im Havelland ist das Gremium im Kreis, auf dessen Ebene sich Träger der Jugendhilfe treffen, um die Angebote für Kinder und Jugendliche im Landkreis abzustimmen. Mangels eines Jugendverbandes auf Kreisebene (Jugendring), werden dort auch fachpolitische Diskussionen geführt.

Wir haben uns auf verschiedene Fragen verständigt, die wir Kandidierenden für den Havelländischen Kreistag geschickt haben. Unterstehend finden sich die Antworten, die wir bis zum 22.05.19 erhalten haben:

Allgemeine Antworten auf die Anfragen:

Christine B. Milde (SPD)

„Hiermit möchte ich mich recht herzlich bedanken und bin sehr erfreut, dass sich junge Menschen für Politik interessieren und sich ganz bewusst einbringen.

Gesamtgesellschaftlich kommt der Gewinnung Jugendlicher für ein politisches und gesellschaftliches Engagement eine entscheidende Bedeutung zu.

Es ist wichtig, den gemeinsamen Dialog zu führen, Gedanken auszutauschen und eine Lösung zu finden.

Ihre Fragen empfinde ich als sehr durchdacht sowie strukturiert und danke Ihnen für diese umfangreiche Arbeit.

Zum besseren Verständnis möchte ich gern mit Ihnen sowie allen anderen Interessierten persönlich ins Gespräch kommen.

Dazu führen wir u. a. regelmäßige öffentliche Wahlkampfaktionen durch. Dabei steht der kommunikative Austausch im Mittelpunkt.

Hiermit möchte ich Sie ganz herzlich einladen, an unseren nächsten Veranstaltungen,

am Sonnabend, den 18. Mai 2019, von 10.00 - 12:00 Uhr, vor dem NP-Markt im Milower Land/OT Milow oder am Freitag, den 24. Mai 2019, von 09:00 - 12.00 Uhr, auf dem Marktplatz Premnitz, teilzunehmen und mit mir zu diskutieren.

Dabei haben Sie auch die Gelegenheit, mich persönlich kennenzulernen und sich eine Meinung über meine Person zu bilden.

Natürlich bin ich auch stark daran interessiert, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, ihre Auffassungen zu hören und im Rahmen meiner Möglichkeiten, Unterstützung zu gewähren.

Nochmals: Ein HERZLICHES WILLKOMMEN in Milow bzw. Premnitz.

Ich freue mich auf Sie!

Bitte gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Alle Ausschuss-, Kreistag- und Stadtverordnetenversammlungen sind öffentlich. Die Abgeordneten freuen sich über jeden Besucher. So wird beispielsweise der Jugendförderplan des Landkreises Havelland, Fortschreibung 2019/2020, am 22.05.2019 im Jugendhilfeausschuss und anschließend im Kreistag beraten und beschlossen. Er ist also tagesaktuell.

Im Rahmen der Beteiligung wurde dieser Entwurf an die Ämter, amtsfreien Städte und Gemeinden sowie die freien Träger der Jugendarbeit (ich denke auch an Sie), mit der Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme, gesandt.

Sicherlich haben Sie diese Möglichkeit genutzt und Ihre wichtigen Fragen der Kinder- und Jugendarbeit einfließen lassen.“

Direkte Antworten auf die Fragen:

1. ALLGEMEIN

1.1 Welche drei Stichworte fallen Ihnen zuerst beim Thema „Aufwachsen im Havelland“ ein?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Sicher, Traditionell, langsames Internet

Karin Heckert (DIE LINKE)

Toben im Grünen, weite Wege zur Schule, Langeweile

Michael Koch (CDU):

Kontrast zwischen (Vor-)stadt- und Landleben, Nähe zu Berlin und Potsdam, Weite Landschaften und die zu überbrückenden Entfernungen

1.2 Was sind Ihrer Meinung nach die drei größten Probleme der Kinder und Jugendlichen im Havelland?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

1. Es gibt fast nur Jobs in Handwerk, Dienstleistung, Landwirtschaft und Logistik. Zu wenig Jobs für Tätigkeiten im Digitalsektor. Keine relevanten Start-Ups oder innovatives Gewerbe. Dazu muss man (noch) nach Berlin fahren.
2. Zu wenig zukunftsgerichtete Bildungsangebote. Keine öffentliche Uni/Hochschule im Landkreis Havelland, nicht einmal passende private Hochschulen oder Bildungsangebote.
3. Traditionelle Sichtweisen einiger Eltern bzw. Älteren bremsen junge Menschen mit kreativen Gedanken bei der Entwicklung eines angemessenen Selbstbewusstseins. Während in größeren Städten auch progressive Denkweisen anzutreffen sind, scheint im Havelland noch zu gelten: „Alter und Weisheit schlägt Jugendlichkeit und Mut“.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

- fehlende und überfüllte Kitaplätze auf Kosten der Qualität, v. a. für unsere Kleinsten im Krippenbereich vielerorts eine "Verwahrsituation" mangels Erzieher und Qualifikation
- als Jugendlicher "abgehängt" zu sein v. a. im ländlichen Raum, aber auch im "Speckgürtel" Berlins durch fehlende Freizeitangebote z. B. Clubs, gute Konzerte,
- Kulturangebote und v. a. kostenlose Räume für selbstgestaltete Freizeit, schlechte Verbindungen mit dem ÖPNV und unzureichender digitaler Zugang /kostenloses WLAN

Karin Heckert (DIE LINKE)

- Zu viel Lebenszeit wird in Bus/Bahn und beim Umsteigen verbracht
- Hoher Leistungsdruck in der Schule
- Zu wenig Möglichkeiten der Mitgestaltung ihres Lebensumfelds.

2. JUGENDFÖRDERUNG / ERZIEHERISCHER KINDER- UND JUGENDSCHUTZ

Für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz stehen beim Landkreis 22.300 Euro im „Jugendfördertopf“ und eine Mitarbeiterin im Jugendamt zur Verfügung. Im Landkreis leben circa 18.189 Kinder- und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren (Quelle dstatis.de; Datenstand 2017). Somit stehen rechnerisch ca. 1,23 Euro pro Kind/Jugendlichem an Projektförderung zur Verfügung, um sie und deren Eltern mit Projekten nach §14 SGB VIII zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.

2.1 Wie soll sich die Prävention im Havelland in den nächsten 5 Jahren entwickeln?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Wer Langeweile und keine Perspektive hat, sowie immer nur von anderen gesagt bekommt was nicht geht, kommt automatisch auf dumme Gedanken. Wenn wir spannende Bildungsangebote und Jobchancen schaffen, Mut und Eigeninitiative honorieren, sowie die Meinungen und Wünsche Jüngerer ernst nehmen, dann ist das die beste Prävention. Die typische Präventionsarbeit bekämpft m.E. nur die Symptome, aber nicht die Ursachen. Ich muss jedoch zugeben, dass ich in dem Thema nicht tief genug drin bin. Ich habe bisher eine kleine Zahl von Sozialarbeitern, Erziehern und Betreuern kennengelernt. Die machen für mich einen kompetenten Eindruck. Ich hatte nicht das Gefühl, dass es am Geld mangelt – es gibt zahlreiche Förderprogramme über den o.g. Topf hinaus. Es mangelt eher an der Zeit der Jugendlichen. Schule und Vereine lasten die meisten jungen Leuten bereits stark aus. Einen großen Bedarf für weitere Angebote sehe ich nicht.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Gemäß den Ausführungen der Jugendförderrichtlinien für den Kinder- und Jugendschutz sollen Angebote der Prävention vielfältig und qualitativ anspruchsvoll sein und z. B. die Themen Gesundheit, Sucht, Umgang mit modernen Medien, Extremismus, Gewalt oder Mobbing besonders gefördert werden. Insofern scheint mir der Betrag von 22.300 Euro deutlich zu niedrig, zumal kaum eine wesentliche Erhöhung im Finanzplan bis 2022 ausgewiesen wurde. Alle diese Themen werden uns auch in den nächsten 5 Jahren zunehmend beschäftigen, die Prävention muss besser finanziert und die Angebote mit allen in der Jugendarbeit tätigen Akteuren (bis hin zum Ehrenamt) gut vernetzt werden, auch unter Einbeziehung der Kinder- und Jugendlichen. Das schafft Überblick über aktuelle Entwicklungen und Bedarfe.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Nach verschiedenen Erhebungen rächt sich jeder in der Prävention eingesparte Euro später sechsfach durch höhere Kosten bei der Bewältigung von Problemen von Kindern und Jugendlichen. Aber nicht nur aus monetären Gründen sind wir gut beraten, heute in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen von morgen zu investieren. Dazu gehört für uns zum Beispiel, dass an jeder Schule mindestens ein*e Sozialarbeiter*in beschäftigt ist.

Michael Koch (CDU)

Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren die Angebote in der offenen Jugendarbeit und Schulsozialarbeit kontinuierlich ausgebaut. Bis 2014 gab es 7 Schulsozialarbeiterstellen, heute sind es bereits 14 und dieses Jahr kommen noch 7 weitere hinzu.

Auch an die offene Jugendarbeit hat der Kreis gedacht, es wurde mit dem Amtsantritt von Landrat Lewandowski ein kreisliches Förderprogramm mit zusätzlichen 10 Stellen eingerichtet.

Schließlich wurde erstmals im Landkreis eine Jugendsuchtberatung (Nauen und Rathenow) geschaffen.

2.2 Wie soll sich die kreisliche Jugendförderung weiter entwickeln (Ferienfreizeiten, außerschulische Bildungsmaßnahmen, internationale Jugendarbeit etc.)?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Ich habe mich, Mitte 2018, beim OSZ Havelland in Friesack als Gastlehrer für Digital- und Innovationsthemen und Workshops aus der Praxis angeboten. Das Interesse der Lehrer war grundsätzlich da, aber im Rahmen des Lehrplans ist kaum Luft dafür. Mit dem [Innovation Hub Havelland \(iHVL\)](#) haben wir eine private Initiative gestartet und dafür viel Werbung gemacht. Letztendlich hat sich kein einziger Schüler dafür interessiert. Ich habe das Gefühl, dass es nicht mehr Angebote braucht, sondern eine bessere PR und Kommunikation der vorhandenen Angebote.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Die außerschulischen Lebenswelten und Bedingungen unserer Kinder- und Jugendlichen sind sehr unterschiedlich und leider immer noch sehr abhängig vom sozialen Status. Auch hier sehe ich einen besonderen Förder- und Finanzierungsbedarf in den Bereichen Teilhabe an Bildungs- und Freizeitmaßnahmen

Karin Heckert (DIE LINKE)

Der „Jugendfördertopf“ unterlag in der Vergangenheit oft Schwankungen, die mit der finanziellen Situation des Landkreises begründet wurden. Zudem bestand immer eine Konkurrenz zwischen Investitionen, die man sehen und abrechnen kann, zum Beispiel baulichen Maßnahmen an Schulen einerseits und Investitionen, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen, zum Beispiel in internationale Jugendarbeit andererseits. Die gute finanzielle Lage sollte genutzt werden, um den Jugendfördertopf dauerhaft auskömmlich auszustatten. Wir brauchen diese Mittel, um dazu beizutragen, dass auch Kinder aus einkommensschwachen Haushalten bedarfsgerecht unterstützt werden können.

Michael Koch (CDU)

Aus meiner Sicht sollten die Förderangebote für Jugendverbände, die ehrenamtliche Arbeit und außerschulische Bildungsangebote nicht zu kurz kommen. Auch beim Jugendaustausch ist noch "Luft nach oben".

Nach § 11 des SGB VIII sind „Jungen Menschen [...] die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“

2.3 Ist es Kindern und Jugendlichen zuzumuten, dass ihnen in ihrem Wohnort kein Angebot der Jugendarbeit nach §11 SGB VIII (inkl. Jugendclub, Jugendfeuerwehr, sonstige außerschulische Jugendfreizeitangebote) zur Verfügung stehen? Wird der Anspruch aus §11 in Elslake und Falkensee derzeit gleichermaßen bedient?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Ich kenne den konkreten Sachverhalt zu wenig, hatte jedoch bisher nicht das Gefühl, dass es zu wenig Optionen gibt. Bisher sind, z.B. im Amtsbereich Friesack, keine jungen Leute direkt oder indirekt auf mich zugekommen, dass Bedarf an mehr Angeboten besteht. Stattdessen habe ich das Gefühl, dass dies eine Forderung von Verbänden ist. Mir ist aber unklar ob hier wirklich eine signifikante Anzahl von Jugendlichen repräsentiert wird. Mir würde es helfen, wenn sich die Jugendlichen direkt zusammenschließen und bspw. eine Liste vorlegen, aus welcher ersichtlich wird: Wer wünscht sich konkret was? Dann können wir helfen das öffentlich zu machen und über Maßnahmen nachdenken. In Friesack gibt es seit Kurzem die Plattform [Friesack mit Vision](#), das könnte der richtige Ort dafür sein.

Es gibt bereits viele Vereine und nachbarschaftliche Freizeitaktivitäten. Ich vertraue darauf, dass die Jugendlichen in der Lage sind eigenständig herauszufinden was sie mit ihrer Zeit anfangen können. Und wer augenscheinlich rumlungert, ist vielleicht gerade in einer Selbstfindungsphase oder am Nachdenken. Ich weiß nicht ob Kinder- und Jugendliche ein noch volleres Programm für ihre Freizeit brauchen.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Keine Angebote in einem noch so kleinen Ort darf nicht passieren und auch keine großen Wege in Kauf genommen werden, m. E. sollten Angebote Wohnortnah und gut mit dem Fahrrad oder mit der ÖPNV erreichbar sein. Jede Gemeinde soll eine*n Beauftragten für die Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benennen, um deren Bedürfnisse und Interessen zu unterstützen. Gemeinden solle ausreichend kostenlose, nicht kommerzielle Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, die sie selber mitgestalten können, einfach nur zum Chillen nutzen, Musik machen, Workshops, miteinander Kochen, Billard spielen... oder Aktionsflächen Sportplätze länger öffnen. Es gibt zu wenig kostenlose Angebote gleich vor Ort. Auch kann das Engagement in Ehrenämter z. B. Freiwillige Feuerwehr, Initiativen und Vereine attraktiv gestaltet werden. (Antwort zu Frage 2.3 und 2.4)

Karin Heckert (DIE LINKE)

Grundsätzlich regelt §11 SGB VIII nicht, dass ein solches Angebot wohnortnah zur Verfügung gestellt werden muss. In einem Flächenlandkreis wie dem Havelland bedeutet dies, dass es zum Beispiel den Jugendklub in einem Ortsteil, die Jugendfeuerwehr in einem anderen gibt und dass außerschulische Angebote in der näheren Umgebung dünn gesät sein können. Für den Kreistag gibt es aber ganz klar die Verantwortung, ein breit gefächertes und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasstes Angebot in großer Trägervielfalt zu organisieren. Hier müssen wir noch besser werden. Mobilität ist hier ein wichtiger Schlüssel. Wir setzen uns für die Schaffung von Projekten zur Sicherstellung der Mobilität gerade von Jugendlichen an Wochenenden und abends, beispielsweise durch Taxigutscheine sowie ein Modellprojekt „kostenfreies Jugend-Ticket Havelland“ ein.

Michael Koch (CDU):

Elsaake ist wirklich sehr „überschaubar“ und mit Falkensee nicht vergleichbar. Deshalb ist es wichtig, im ländlichen Bereich Vereine und Initiativen von jungen Menschen zu unterstützen. Jugendkoordinatoren leisten hier einen sehr wertvollen Beitrag, genauso wie das Programm zur Vereinsförderung, das der Landrat gemeinsam mit dem Kreistag aufgelegt hat. Aber auch hier greift das Angebot der Schulsozialarbeit, schließlich verbringen Jugendliche aus den Dörfern viel Zeit in und um die Schulstandorte.

2.4 Wie lange sollte ein junger Mensch aus eigener Kraft oder in öffentlichen Verkehrsmitteln maximal unterwegs sein müssen, um ein solches Angebot in Anspruch nehmen zu können?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Sofern es gar keine privaten Alternativen (u.a. Vereine) gibt, dann ca. 60 Minuten. Es ist ja nicht so, dass man 60 Minuten Kohle schleppen muss, sondern im Bus sitzt, nachdenken, ruhen kann, ggf. auf dem Smartphone oder mit Mitreisenden kommuniziert.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Hierfür eine Zeitspanne festzulegen ist aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen im Havelland nicht möglich. Wir möchten eine Verbesserung der Angebotssituation wie auch der Mobilität für alle Kinder und Jugendlichen erreichen.

Michael Koch (CDU)

Die Fahrzeit alleine ist nicht der entscheidende Faktor, sondern die Häufigkeit der Verbindungen. Wir haben uns mit dem Landrat gemeinsam dafür eingesetzt, das Busangebot deutlich zu verbessern. In Falkensee und Umgebung wurde Ende 2017 und im April 2019 für das weitere Havelland das Busangebot massiv ausgeweitet. Das ist ein wichtiger Beitrag an den wir in den kommenden Jahren anknüpfen wollen.

2.5 Was werden Sie für die Teilhabechancen junger Menschen insbesondere in den ländlichen Räumen tun?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Ich möchte die Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes an den Schulen in Friesack unterstützen. Dafür biete ich mich mit Methodik und Material an. Die [Lego-Serious-Play-Methode](#) ist dafür m.E. sehr gut geeignet und ich bin erfahren darin diese zu moderieren. Ich biete mich gerne für den Kick-Off an. Dazu hatte ich Anfang März 2019 mit Matthias Nobre de Farias Bölle gesprochen und ich wollte im weiteren Verlauf Nägel mit Köpfen machen. Der Ball liegt nun bei ihm und der Kooperationschule Friesack.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Siehe 2.3. und 2.4

Michael Koch (CDU)

Wichtig ist, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mit den jungen Menschen – im ländlichen Bereich – wie in den Städten und Siedlungsbereichen mehr ins Gespräch kommen. Deshalb verspreche ich mir von einer gut gemachten Jugendbeteiligung sehr viel. Ich bin der Meinung, der Landkreis sollte die Möglichkeiten der neuen Hauptsatzung nutzen und eine Stelle ein(er/es) Jugendbeauftragten schaffen. Kommunikation ist fast alles!

3. DEMOKRATIEFÖRDERUNG / KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Im Rahmen des §8 des SGB VIII sind „Kinder und Jugendliche [...] entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“. Seit 2018 gilt der §18a der Brandenburgischen Kommunalverfassung: „Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.“

3.1 Wie sollen Kinder- und Jugendliche an Entscheidungen von Kreisverwaltung/Kreistag zukünftig mitwirken?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Über Kinder- und Jugendparlamente. Siehe meine Antwort bei 2.5. Ergebnisse daraus müssen dann an alle Kreistagsabgeordneten getragen werden. Im Idealfall über eine öffentliche Online-Plattform nach dem Vorbild [mein.berlin.de](#) oder Friesack mit Vision.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Um die Beteiligung der Kinder -und Jugendlichen vor Ort zu fördern und ihnen auf lokaler Ebene eine Stimme zu geben, wird ein eigener Etat benötigt! HVL benötigt einen Kreisjugendring als Dachverband für die bestehenden Jugendverbände, der als Kooperationspartner der Verwaltung und Politik

fungiert, direkte Gespräche mit den Entscheidungsträgern führt und in den politischen Gremien aktiv mitarbeiten kann (z. B. Jugendhilfeausschuss).

Karin Heckert (DIE LINKE)

Schon lange und auf verschiedenen politischen Ebenen haben wir uns für bessere Teilhabe- und Mitbestimmungschancen für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, entsprechende Regelungen in der Brandenburgischen Kommunalverfassung zu verankern. In den Kommunen des Landkreises, die ein Kinder- und Jugendparlament haben, fordern wir ein Antrags- und Rederecht in den kommunalen Gremien für die Belange, die Kinder- und Jugendliche betreffen. Die Erfahrungen der bestehenden Mitwirkungsstrukturen, zum Beispiel im Kinder- und Jugendparlament Rathenow, können dabei helfen, weitere junge Menschen zu gewinnen, sich zu engagieren. Vorbehalte in Kommunen, die noch über keine Mitwirkungsstrukturen verfügen, können abgebaut werden. Wir begrüßen es daher sehr, dass Mitglieder des KiJuPa Rathenow sich zur Wahl in die SVV Rathenow beworben haben.

Michael Koch (CDU)

Im Kern geht es darum, mit Kindern und Jugendlichen auf ihren Kommunikationswegen ins Gespräch zu kommen, z.B. auch in sozialen Netzwerken. Aufgrund der großen Flächenausdehnung des Landkreises sind Kinder und Jugendliche nur begrenzt für die klassischen Beteiligungsformen wie Fragestunden oder Ausschusssitzungen zu begeistern. Das vom Landrat gewählte Format der Diskussionsforen zu konkreten Projekten halte ich für ein gutes Instrument, das ausgebaut werden kann.

3.2 Was erwarten Sie von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Beteiligung?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Dass die Beteiligung direkt von den Kindern und Jugendlichen kommt und die Erwachsenen der AG 78 nur als Moderatoren und Aggregatoren, aber nicht im darüberhinausgehenden Interesse für ihre jeweiligen Verbände, tätig sind.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Beteiligung kann Politik nicht verordnen, sondern nur die Rahmenbedingungen schaffen und Steine aus dem Weg räumen. Aber eben auch Interesse an Politik wecken. Gerade auf kommunaler Ebene bieten sich hier viele Ansatzpunkte, denn Kinder und Jugendliche wollen sich sehr wohl für Veränderungen in ihrem Alltag und ihrem Lebensumfeld einsetzen, wissen oft nur nicht wie und wollen es auch nicht allein angehen. Hier muss Kommunalpolitik in Zusammenarbeit mit den Schulen (auch hier kann und muss Demokratie gelernt werden) und freien Trägern ansetzen.

Michael Koch (CDU)

Dazu wird der neue Kreistag eine Jugendbeteiligungssatzung möglichst im breiten Dialog mit den jungen Menschen im Landkreis erarbeiten. Ich würde mich über eine sehr breite Beteiligung freuen.

3.3 Wie sollen Kinder und Jugendliche auf diese Aufgabe vorbereitet bzw. dabei unterstützt werden?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Diese Aufgabe sehe ich bei Erziehern, Jugendarbeitern etc. Die haben, im Gegensatz zu mir, die entsprechende Ausbildung, direkten Kontakt und Erfahrung im Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Ich kann nur methodische Impulse liefern falls das gewünscht ist. Siehe dazu wieder meine Antwort bei 2.5. Ich würde mir wünschen, dass die Jugendarbeiter auch digital mit den

Kindern und Jugendlichen kommunizieren dürfen, sofern die Kinder und deren Eltern das erlauben. Reine Offline-Jugendarbeit geht m.E. an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Um das Interesse der Kinder- und Jugendlichen an einer Beteiligung zu wecken, müssen die Möglichkeiten der Beteiligung aktiv in deren Lebensräume beworben werden z. B. durch Aufklärung an den Schulen, Jugendclubs, durch interessante Projekte, Schaffung von Kinder- und Jugendbüros.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Demokratie und Mitbestimmung kann und muss man lernen. Man muss seine Rechte kennen und ihre Wahrnehmung üben können. Wir treten deshalb ein für die Auslobung eines Wettbewerbs „Jugendklub ohne Diskriminierung – Jugendklub ohne Gewalt“ sowie für die Schaffung von „Demokratie- und Mitbestimmungspunkten“ in Falkensee, Nauen und Rathenow, in denen Begegnung, Beratung und Umsetzung von Mitbestimmung geübt und gelebt werden können.

Michael Koch (CDU)

Zunächst gilt es, die Kommunikation zwischen jungen Menschen, Politik und Verwaltung zu verbessern. Dabei können soziale Medien sehr hilfreich sein. [...]

3.4 Wird es in der Kreisverwaltung eine/n hauptamtliche/n Kinder- und Jugendbeauftragte/n (§18a BrbKV) geben?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Das Thema habe ich nicht auf meiner Agenda und mir ist kein Handlungsbedarf bekannt.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Eine*n hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragte*r in der Kreisverwaltung sollte es unbedingt geben, die/der als Ansprechpartner*in allen Fragen der Koordination und Belange der Kinder- und Jugendbeteiligung fungiert.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Die Brandenburgische Kommunalverfassung sieht hier nur eine Kann-Regelung vor. Aber genauso wie Sozialarbeiter*innen an jede Schule gehören, braucht es aus unserer Sicht auch jemanden, der innerhalb der Kreisverwaltung unabhängige*r Ansprechpartner*in für die Belange von Kindern und Jugendlichen ist und sich auch verwaltungsseitig für ihre Interessen einsetzen kann.

Michael Koch (CDU)

[...] Außerdem schlägt die CDU vor, eine/en hauptamtliche/n Jugendbeauftragte/n einzusetzen.

4. ZUWANDERUNG/ZUZUG

Das Havelland gewinnt. Die Bewohnerzahlen steigen kontinuierlich. Vor allem Berlin und die Europäische Union – aber auch der Rest der Welt – sind Quellen für Neu-HavelländerInnen und deren Kinder.

4.1 Welche Maßnahmen soll die Landkreisverwaltung anstreben, um das Ankommen im Havelland insbesondere für junge NeubürgerInnen zu gestalten?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Eine digitale Starter-Broschüre mit passenden Tipps und Angeboten zu Jugendgruppen, Vereinen, Freizeitangeboten und Sport. Müsste es so etwas nicht schon geben? Vielleicht möchte sich die AG 78 darum kümmern und eine solche erstellen? Diese dann zusätzlich beim Einwohnermeldeamt auslegen bzw. mit einem QR-Code darauf hinweisen. Jeder der sich neu im Havelland beim Einwohnermeldeamt registriert, sollte darauf aufmerksam gemacht werden.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Wir setzen uns für die Unterbringung von Geflüchteten vorrangig in Wohnungen ein, um auf eine Unterbringung in Heimen weitestgehend verzichten zu können. Uns ist aber auch wichtig, dass die Städte und Gemeinden, in denen Geflüchtete unterkommen, mit den notwendigen Integrationsleistungen nicht allein gelassen werden. Deshalb setzen wir uns für ein umfangreiches Beratungsangebot und einen kreislichen Fonds für die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Integration von Geflüchteten ein.

Integration gelingt dann, wenn die Geflüchteten die Chance haben, sich hier ein eigenständiges Leben aufbauen zu können. Dazu gehören Spracherwerb ebenso wie Ausbildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als LINKE unterstützen wir alle Maßnahmen, die diesem Zweck dienen.

DIE LINKE setzt sich für die Förderung und den Erhalt von Projekten ein, die eine Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund befördern. Bereits in der aktuellen Wahlperiode des Kreistages haben wir uns für die Schaffung eines Integrationsbeirates eingesetzt und werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass eine solche Interessenvertretung für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen wird.

Wichtig ist darüber hinaus, genügend Kinderbetreuungsangebote zu schaffen. Aktuell fehlen im Havelland sehr viele Kita-Plätze, was gerade auch für die Flüchtlingsfamilien ein Problem darstellt – sowohl hinsichtlich der Integration der Kinder als auch hinsichtlich der Möglichkeit für die Eltern, an Sprachkursen teilnehmen zu können.

Michael Koch (CDU)

Das liegt ganz an uns allen, wie wir auf Neubürger/innen zugehen. Zivilgesellschaft und Verwaltung müssen hier intensiv zusammenarbeiten.

4.2 Werden Sie sich für einen Jugendmigrationsdienst im Havelland einsetzen?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Neutral.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Für einen Jugendmigrationsdienst würde ich mich einsetzen, dessen Angebote wesentlich zur Verbesserung der Integration beitragen könnte.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Die Jugendmigrationsdienste sind Teil der Initiative JUGEND STÄRKEN des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Deutschlandweit gibt es 469 Standorte, der Norden und Westen Brandenburgs gibt es davon leider nur wenige. Hier muss der Bund dringend nachsteuern, damit junge Migrant*innen unabhängig von ihrem Wohnort begleitet und die Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen unterstützt werden können. Ein Standort im Havelland ist dringend notwendig.

Michael Koch (CDU)

Die Entscheidung über die Einrichtung eines Jugendmigrationsdienstes liegt beim Bundesfamilienministerium. In der Vergangenheit wurden die Anträge aus dem Havelland abschlägig beschieden. Ich würde einen neuen Anlauf unterstützen.

4.3 Wie soll das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt werden, um junge aber auch ältere Menschen zu motivieren, sich für gemeinschaftliche Aufgaben (z.B. Integration) einzubringen?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Ich möchte an dieser Stelle klar machen, dass wir zunächst jenen, die bereits heute im Havelland ihren Hauptwohnsitz haben, unsere bestmögliche Unterstützung zukommen lassen müssen. Im nächsten Schritt sehr gerne den EU-Bürgern, die in unserer Region leben und arbeiten möchten. Die Integration von Menschen aus Drittstaaten ist nicht mein Schwerpunkt und ich sehe an dieser Stelle ausreichend Initiativen durch bestehende NGOs.

Weiterhin möchte ich klar machen, dass mir Vielfalt sehr wichtig ist. Aus meiner Erfahrung als Unternehmer und Berater weiß ich, dass die besten Lösungen in interdisziplinären und heterogenen Teams entstehen. Dazu zählen auch unterschiedliche Kulturen. Ich sehe jedoch keinen Handlungsbedarf noch mehr Vielfalt weiter zu beschleunigen. Das derzeitige Tempo stellt uns bereits heute vor große soziale und volkswirtschaftliche Herausforderungen.

Die beste Integration ist, wenn wir den Menschen, egal wo sie herkommen, etwas zu tun geben. Arbeit und ehrenamtlicher Einsatz für die Gemeinschaft schaffen Selbstbewusstsein, vertreiben Langeweile und bringen unsere Volkswirtschaft voran.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Zivilgesellschaftliches Engagement stärken: Räume für generationsübergreifende Begegnungsorte schaffen /Alt und Jung, nur im lebendigen Austausch gelingt die Integration.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Es braucht Orte, an den sich Menschen verschiedener Herkunft und verschiedener Generationen ungezwungen begegnen können. Entsprechende Projekte in allen Teilen des Havellands müssen gefördert und ausgebaut werden. Dazu zählen auch die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Mehrgenerationshäuser, Projekte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der von uns angeregte Wettbewerb „Jugendklub ohne Diskriminierung – Jugendklub ohne Gewalt“ sowie von uns vorgeschlagenen „Demokratie- und Mitbestimmungspunkte“.

Michael Koch (CDU)

Die Willkommensinitiativen haben in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, dass „Neuhavelländer/innen“ gut ankommen. Ich möchte, dass das Ehrenamt von den Verwaltungen tatkräftig unterstützt wird.

5. BENACHTEILIGUNGS AUSGLEICH

Der Landkreis Havelland ist mit Blick auf die Benachteiligungen seiner Kinder und Jugendlichen sehr heterogen.

Während der Anteil von Kindern, die in relativer Armut aufwachsen in Nauen bei ca. 20 % liegt, spielt das Problem mangelnder Teilhabechancen aufgrund fehlender Finanzen in Dallgow-Döberitz kaum

eine Rolle. Dort hingegen sind insbesondere Jugendliche pendelnder (aber finanzkräftiger) Eltern von Vernachlässigung im Sinne einer „Wohlstandsverwahrlosung“ betroffen.

Besonders in Rathenow kommen neben Armutproblemen (30%!) auch noch migrationsbedingte Benachteiligungen hinzu, also Sprachbarrieren und Unkenntnis des Funktionierens des Gemeinwesens.

5.1 Welche Maßnahmen werden Sie im Landkreis voranbringen, um die verschiedensten Benachteiligungen der Kinder und Jugendlichen abzubauen?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Es wird viel über Nauen, Falkensee, Dallgow-Döberitz und Rathenow gesprochen. Es wäre wünschenswert und wichtig, wenn Friesack auch Sichtbarkeit bei dem Thema erlangt.

Ich bekämpfe lieber die Ursachen, statt die Symptome. Wir müssen im Havelland zum Innovationsstandort werden. Dazu brauchen wir den Gigabit-Ausbau, das passende Mindset und die richtigen Rahmenbedingungen. Daher engagiere ich mich beim [Innovationsbündnis Havelland](#) und ich hoffe, dass dort in Kürze die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um hier wirklich etwas zu bewegen. Dann entstehen wiederum Jobs und Perspektiven.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Für sozial benachteiligte Familien benötigen wir mehr Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsprogramme die Teilhabe an Bildung und Kultur z. B. durch Gebührenfreiheit kommunaler Einrichtungen ermöglichen und wir stehen für die Einführung der "Bildungskarte" als Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Wir möchten Kinder und Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern unterstützen, fördern und ihre Teilhabe sicherstellen, denn Schutz, Förderung und Beteiligung sind Grundrechte der jungen Menschen, die nach Ansicht der LINKEN ins Grundgesetz gehören. Für den Landkreis bedeutet das, die Rahmenbedingungen bedarfsgerecht auszugestalten: Bildungschancen für alle, Sozialarbeiter*innen an jeder Schule, elternbeitragsfreie Schülerbeförderung, Mobilität sichern und bezahlbar machen (mit einem Modellprojekt für ein Jugendticket sogar auf allen Wegen kostenfrei), „Demokratie- und Mitbestimmungspunkte“ an mehreren Standorten im Havelland, ein gebührenfreies gesundes Schulessen möglichst für alle Kinder, vor allem aber für Kinder aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, von Geringverdiener*innen und Asylbewerber*innen.

Michael Koch (CDU)

Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe. Deshalb setzen wir uns für gute Schulen und außerschulische Angebote der Jugendhilfe ein. Junge Menschen zu fördern, ist eine der zentralen Aufgaben der Gesellschaft.

Die sogenannte „Wohlstandsverwahrlosung“, d.h. Vernachlässigung, ist ein bekanntes Problem. Patentrezepte sind mir nicht bekannt. Wichtig ist, dass darüber offen gesprochen wird, wie auch über den Drogenkonsum. Der Jugendhilfeausschuss sollte sich meiner Meinung nach dieses Thema in besonderer Weise annehmen, z.B. im Zusammenhang mit der Erstellung des Fachplans Jugendarbeit, Jugendschutz und Jugendsozialarbeit, den das Jugendamt für das Jahr 2020 plant.

Jugendarbeitslosigkeit ist im Havelland ein übergreifendes Problem. Sie ist in den meisten Gemeinden nicht so stark gesunken, wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Zugleich werden junge Menschen bei der Karriereplanung unterschiedlich behandelt, in Abhängigkeit davon, ob ihre Eltern bestimmte Sozialleistungen erhalten. Dies führt nicht selten zu Stigmatisierung benachteiligter Jugendlicher.

5.2 Es gibt die Idee, die Karriereberatung von jungen Menschen in einheitlichen Strukturen zusammen zu führen (Jugendberufsagenturen). Werden Sie die Etablierung solcher Institutionen im Havelland vorantreiben und wenn ja, wie?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack):

Klingt sinnvoll. Ist jedoch nicht mein Schwerpunkt. Ich kann nur wiederum auf meinen Beitrag mit dem Innovation Hub Havelland ([iHVL](#)) verweisen.

Ursula Lindner (B90/Grüne):

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen: präventiv tätig werden - durch Ausbau individueller Förder- und Bildungsangeboten an den Schulen (Ganztags- und Gesamtschulen) und eine gute Kooperation zwischen Schulen/Jugendberufsagentur sowie den Ausbildungsbetrieben sind beim Übergang in die Arbeitswelt wichtig.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Jugendberufsagenturen sind eine, aber nicht die alleinige Möglichkeit, um den Jugendlichen den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Sicher ist es sinnvoll, die Beratungs- und Unterstützungsleistungen von Jugendamt, Jobcenter und weiteren Behörden übergreifend zu strukturieren, aber auch hier stehen die Jugendlichen im Mittelpunkt, die den Behörden aufgrund ihrer familiären Situation und des Einkommens bereits bekannt sind. Probleme bei der Berufswahl haben aber auch junge Menschen aus Familien ohne Sozialleistungsbezug oder behördliche Hilfsmaßnahmen. Daher braucht es vielfältige Maßnahmen, die frühzeitig ansetzen müssen. Das „Praxis Lernen“ wie man es beispielsweise an der Oberschule Rathenow umsetzt, sollte aus unserer Sicht unbedingt Schule machen. Hier werden die Schüler*innen ab der 7. Klasse regelmäßig und intensiv mit Unternehmen aus der Region zusammengebracht und es entstehen nachhaltige Erfahrungswerte und Kontakte. Auch der Landkreis selbst kann hier sowohl im Kernbereich als auch in den kreiseigenen Gesellschaften Chancengeber durch die Schaffung weiterer Ausbildungsstellen sein. Die personelle Ausstattung des Jugendamtes muss dringend verbessert werden, um nicht nur für Notfälle gewappnet zu sein, sondern auch in der Erziehungsberatung frühzeitig und verlässlich Unterstützung bieten zu können.

Michael Koch (CDU)

Ich setze mich, wie auch der Sozialdezernent, für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Havelland ein. Der Übergang von der Schule zum Beruf ist eine der wichtigsten Weichenstellungen im Leben. Ich finde es unerträglich, dass bei der Berufsberatung von Schülerinnen und Schülern nach der sozialen Herkunft verfahren wird. In einer Jugendberufsagentur sind alle wichtigen Akteure - Arbeitsagentur, Jobcenter, Jugendamt und berufliche Schulen - unter einem Dach. Was an vielen Orten in Deutschland gute Praxis ist, fordere ich auch für das Havelland ein.

6. FACHKRÄFTEMANGEL / QUALITÄTSSICHERUNG

Geförderte Stellen der Jugendarbeit sollen mit Fachkräften (z.B. SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen) besetzt werden (Fachkräftegebot). Derzeit ist es mangels Angebot im Berlin-fernen Raum des Havellandes nahezu unmöglich, SozialpädagogInnen oder SozialarbeiterInnen einzustellen. Im Osthavelland ist die Situation nicht deutlich besser. In Rathenow ist zum Beispiel seit Juli 2018 die Stelle eines Streetworkers ausgeschrieben. Zwar gab es Bewerber, die persönlich geeignet waren, aber ihnen fehlte die Qualifikation oder sie waren nicht bereit, diese im Rahmen der angebotenen Vergütung nachzuholen.

6.1 Wie wollen Sie insbesondere mit dem Fachkräftemangel an ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen im Landkreis umgehen?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Der anstrengende Job von Erziehern muss angemessen vergütet werden, nur dann gibt es auch Nachwuchs für diesen Beruf. Daher erwarte ich von allen öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern, dass sie ihre Mitarbeiter mindestens nach TVöD vergüten. Weiterhin: Keine Absenkung der Ausbildungsstandards, sondern eine weiter erhöhte Grundvergütung und zusätzlich eine Leistungskomponente. Vorschlag für Bonus: Nach 10 Jahren die jeweils betreuten Kinder befragen und deren Lebenssituation bewerten. Abhängig davon erhöhte Bezüge / Rente für die Erzieher & Co. Da keine ausschließliche Kausalität nachgewiesen werden kann, darf der Leistungsanteil nicht zu hoch sein, sondern sollte eher symbolischen Charakter haben und der Wertschätzung dienen. Vielleicht möchte die AG 78 ein solches Modell einmal diskutieren und dann wiederum einen Vorschlag an die Kreistagsabgeordneten richten?

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Fachkräftemangel erfolgreich bekämpfen, hier sehe ich die Verantwortung v. a. auf der Landesebene, aber auch der Landkreis kann aktiv werden: das Ausbildungssystem ist gefragt!

Z.B. hat das Kultusministerium in Bayern landesweit ein Modellversuch gestartet, um Abiturienten durch eine duale Ausbildung in extra dafür eingerichtete Klassen an den staatlichen Fachhochschulen für Sozialpädagogik für den Erzieherberuf zu interessieren. Die Kitas und Jugendeinrichtungen profitieren von diesem Modell und die Auszubildenden erhalten durchgehend ein Gehalt. Ähnliche Modelle verfolgen auch andere Bundesländer. Soweit mir bekannt, gibt es im HVL ebenfalls schon Bemühungen, mit Fachhochschulen diesbezüglich diese Möglichkeiten auszuloten...

Karin Heckert (DIE LINKE)

Grundsätzlich müssen Berufe, die sich um das Wohlbefinden und die Entwicklung von Menschen kümmern, gesellschaftlich besser anerkannt werden. Dazu gehört auch ihre tarifliche Entlohnung, Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung als auch die konkreten Arbeitsbedingungen. Der Landkreis kann und muss sich hierfür im Rahmen der Kommunalen Arbeitgeber stark machen. Es wird in Zukunft sonst noch schwieriger sein, im Wettbewerb um Fachkräfte mithalten zu können.

Michael Koch (CDU)

Ich unterstütze es ausdrücklich, dass die AG § 78 eine Arbeitsgruppe „Erzieherausbildung“ geschaffen hat und noch enger mit den Fachschulen für Erzieher/innen zusammenarbeiten will. Besonders die Jugendförderung kann davon profitieren.

Leider hat das Land bis heute nichts unternommen, die Studienplätze für Sozialpädagog(innen/en) aufzustocken. Da besteht dringender Handlungsbedarf!

6.2 In welchem Maße sollen die freien Träger der Jugend(sozial)arbeit gefördert werden (Anlehnung an TVÖD, Sach-, Regie- und Verwaltungskosten)?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Zur Beantwortung dieser Frage fehlt mir das notwendige Hintergrundwissen und ich konnte mir dieses in Anbetracht der kurzen Fristsetzung nicht aneignen.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

[...] im Übrigen gilt: gute Arbeitsbedingungen schaffen und gut bezahlen.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Das SGB VIII gibt vor, dass es eine breite Vielfalt von Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe geben muss. Neben der besseren Entlohnung und Ausstattung seiner eigenen Stellen muss der Landkreis auch in Abstimmung mit den freien Trägern für eine bedarfsgerechte Förderung sorgen.

Michael Koch (CDU)

Als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ist es in Zusammenarbeit mit der Verwaltung gelungen, die Zuschüsse an die Träger in den letzten Jahren anzuheben. Ich gehe davon aus, dass wir Mehrheiten finden werden, die Anpassung an den TVÖD zu erreichen. Ich möchte es auf jeden Fall.

7. KONKRETES

Angenommen, Sie sind nach der Wahl Mitglied einer mehrheitsführenden Koalition/Zählgemeinschaft im Kreistag.

7.1. Welches sind die ersten 3 Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, die Sie durchsetzen werden?

Christoph Köpernick (Bündnis für Friesack)

Ich konzentriere mich lieber auf eine Maßnahme: Kinder- und Jugendparlament in Friesack unterstützen. Ich hoffe, dass die Schulen in Friesack mein Angebot annehmen und das in Gang kommt.

Ursula Lindner (B90/Grüne)

Die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Kinder- und Jugendlichen in der Kommunalpolitik gemäß der Kommunalverfassung unterstützen und für eigene Etats der Kinder- und Jugendvertretungen eintreten.

Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit und den Kinder- und Jugendschutz und v. a. die Frühe Hilfen stärken.

Karin Heckert (DIE LINKE)

Einführung der elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, des gebührenfreien gesunden Schulessens und der Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten. Dabei würden wir es sehr begrüßen, wenn Bund und Land sich an der Finanzierung dieser Angebote beteiligen würden und damit allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Bedingungen geboten werden können.

Michael Koch (CDU)

Mit unserem Landrat und dem Sozialdezernenten haben wir starke Stimmen für die Jugendarbeit im Landkreis. Vieles konnte in den vergangenen Jahren erreicht werden. Daran möchte ich in den kommenden Jahren festhalten.

Maßnahmen:

- Jugendsuchtberatung in Falkensee (und damit künftig in allen Mittelzentren)
- Jugendberufsagentur
- Schulsozialarbeiterstellen möglichst an allen Schulen.

Wir – die Mitwirkenden in der AG78 - danken allen Kandidierenden, dass sie sich die Zeit genommen haben, die umfangreichen Fragen der Jugendarbeit/Jugendhilfe zu beantworten. Es spricht dafür, dass das Thema „Kinder und Jugendliche“ im politischen Raum eine hohe Aufmerksamkeit genießt.

Dass nicht alle Parteien/Wählerlisten geantwortet haben, weist nicht zwangsläufig auf Desinteresse hin, sondern kann auch der Methodik unserer Befragung geschuldet sein: Die in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Fragen wurden im Auftrag der Arbeitsgruppe am 9. Mai an im Internet recherchierbare E-Mail-Adressen der zur Kreistagswahl zugelassenen Listenvereinigungen geschickt, wenn die Vereinigung oder deren Mitglieder in den jüngeren Verfassungsschutzberichten nicht als extremistisch geführt wurden.

Die Reihenfolge der Antwortenden ergab sich aus der Reihenfolge des Eintreffens der Antworten. Nachträglich eintreffende Positionen werden schnellstmöglich in die Aufstellung eingearbeitet. (Dieses Dokument wurde zuerst unter <https://www.facebook.com/groups/288796491250421/> veröffentlicht und wird nur dort aktualisiert.)

Wir wünschen allen Kandidierenden, die sich nach der Wahl auf Basis von Zuhören, Diskurs, Debatte und der Respektierung von Mehrheitsentscheidungen in die Gestaltung des Landkreises einbringen werden, viel Erfolg am kommenden Sonntag!

Stand: 22.05.2019